

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- | | |
|---|---|
| 16. Kurzzusammenfassung TROG-Novelle 2011 | 20. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Mai 2011 |
| 17. Kurzzusammenfassung TBO-Novelle 2011 | |
| 18. Sprengelärzte; Neuerungen im Gemeindesanitätsdienstgesetz | 21. Informationsveranstaltungen am Grillhof |
| 19. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Mai 2011 | Verbraucherpreisindex für März 2011 (vorläufiges Ergebnis) |

Geschätzte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister! Werte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter!

Das heurige Frühjahr ist im Wesentlichen durch mehrere Schwerpunkte geprägt, die in der Öffentlichkeit mehr oder weniger in Erscheinung treten. Es handelt sich dabei um die Pflege, insbesondere auch den Pflegefonds, die administrative Umsetzung der höchstgerichtlichen Erkenntnisse in den Agrargemeinschaften, den Abschluss der Verhandlungen zum Bau des Brenner Basis Tunnels mit dem Bund und den dazugehörigen Umsetzungen in der Landesregierung und im Tiroler Landtag, die Novellierung des Tiroler Raumordnungsgesetzes und der Bauordnung, der Abschluss der Evaluierung und die Anpassung der Seilbahngrundsätze und die Vorbereitungen zur Novellierung der Wahlordnungen und des Innsbrucker Stadtrechtes.

In Tirol ist jeder fünfte Tiroler heute schon älter als 60 Jahre. Die Menschen werden immer älter. Das ist gut, bringt aber gleichzeitig eine enorme finanzielle Belastung für den Sozial- und Pflegebereich mit sich. Reformen sind daher unbedingt notwendig. Mit dem Pflegefonds ist eine funktionierende und leistbare Pflege in den nächsten Jahren sicher gestellt. Die Einigung zeigt auch, dass die Länder sich nicht gegen Reformen verwehren und an Zukunftslösungen konstruktiv mitarbeiten. Wie bereits angekündigt, wird das Land Tirol auf die damit verbundenen Mehreinnahmen verzichten und diese direkt an die Tiroler Gemeinden weiterreichen. Diese dürfen mit insgesamt bis zu 40 Mio. Euro rechnen. Wir verdoppeln damit den Betrag, der den Gemeinden nach dem üblichen Verteilungsschlüssel zustehen würde. Mir geht es hier um eine Entlastung der Gemeinden.

Gerade auch das Thema Agrargemeinschaften ist in der Öffentlichkeit sehr stark verankert und vielfach mit einem negativen Image verbunden. Ich möchte hier noch einmal klar sagen – in den überwiegenden Fällen funktioniert die Umsetzung gut! Die Rechnungskreise wurden gebildet, die Vermögensauseinandersetzung und Aufteilung der Erträge findet statt – es handelt sich hier um einen laufenden Prozess. Nur einige wenige lösen hier Diskussionen aus, die die Öffentlichkeit verunsichern und ein Feindbild zwischen den bäuerlichen Strukturen und der Gemeinde schaffen wollen. Ich bin der Überzeugung – es geht nur miteinander – wie müssen den eingeschlagenen Weg fortsetzen. Aber dort wo es nicht geht, werden alle Möglichkeiten des Gesetzes ausgenützt um die Agrargemeinschaften auf den richtigen Weg zu bringen – wenn ein Sachwalter erforderlich ist, wird dieser auch eingesetzt werden.

Beim Brenner Basis Tunnel haben wir jetzt alles umgesetzt, was im heurigen Frühjahr zu erledigen war. Der Finanzierungsbeschluss wurde vom Ministerrat gefasst und in der Landesregierung und im Landtag haben wir den Finanzierungsbeitrag von 120 Mio. Euro und die Übertragung der Gesellschaftsanteile der BBT SE an die ÖBB beschlossen. Der Tunnel ist „auf Schiene“!

Bis zum Oktober wird die Begutachtung und die Vorbereitung zur Beschlussfassung der Änderung der Wahlordnungen abgeschlossen sein. Ein wichtiges Anliegen ist es für mich, das Wählen für den Wähler und natürlich auch für die Gemeinden zu vereinfachen. Gerade die Erfahrungen bei der Briefwahl haben gezeigt, dass hier Anpassungen erforderlich sind.

Euer Günther Platter
Landeshauptmann von Tirol

16.

Kurzzusammenfassung TROG-Novelle 2011

Das Tiroler Raumordnungsgesetz wurde zuletzt im Jahr 2005 umfassend novelliert. Die damaligen Schwerpunkte betrafen die EKZ-Regelung, die Neuordnung der regionalen Raumordnung, die Einführung der Kostenbeitragsregelung im Rahmen der örtlichen Raumordnung sowie die Umsetzung der SUP-Richtlinie der Europäischen Union.

Im Jahr 2007 wurde der Auftrag erteilt, die bestehenden raumordnungsrechtlichen Regelungen insbesondere im Hinblick auf Möglichkeiten der Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung sowie im Hinblick auf baumobilisierende Maßnahmen zu überprüfen und entsprechende Änderungsvorschläge auszuarbeiten.

Um einen möglichst umfassenden Überblick der Bedürfnisse des von den raumordnungsrechtlichen Regelungen betroffenen Personenkreises zu erhalten, wurden seitens der zuständigen Stellen des Amtes der Landesregierung zahlreiche Besprechungen mit betroffenen Fachabteilungen, Dienststellen und Gemeindevertretern durchgeführt. Zusätzlich wurde ein gemeinsamer Arbeitskreis mit Vertretern der Kammer für Architekten und Zivilingenieure und der Stadtplanung Innsbruck eingerichtet, der schwerpunktmäßig die Reform der Bebauungsplanung behandelte.

Der Entwurf wurde im Sommer 2010 einem umfangreichen Begutachtungsverfahren unterzogen, anschließend wurden die eingelangten Stellungnahmen einer gewissenhaften Überprüfung unterzogen sowie weitere Konsultationen insbesondere mit dem Tiroler Gemeindeverband durchgeführt. Schließlich wurde ein überarbeiteter und weitestgehend akkordierter Entwurf gemeinsam mit dem gleichzeitig beschlossenen Entwurf einer Novelle des Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetzes zum Jahreswechsel neuerlich in Begutachtung verschickt. Dieser Entwurf wurde abgesehen von einigen technischen Ergänzungen als Regierungsvorlage vorgelegt und am 17. März 2011 vom Tiroler Landtag unverändert beschlossen und im LGBL. Nr. 47/2011 kundgemacht.

In inhaltlicher Hinsicht umfasst die Novelle folgende Schwerpunkte:

Quer durch den Inhalt des Tiroler Raumordnungsgesetzes wurden die bestehenden verfahrensrechtlichen Regelungen daraufhin geprüft, inwieweit Vereinfachungsmöglichkeiten bestehen. Dies betrifft zunächst

die überörtliche Raumordnung, bei der für die Überarbeitung von Raumordnungsprogrammen sachgerechte Änderungsgründe geschaffen werden, sowie wesentliche Verfahrensvereinfachungen für einen Großteil der Änderungen von Raumordnungsprogrammen vorgesehen sind. Dadurch ist mit einer bedeutenden Beschleunigung der erforderlichen Verfahren und einer Entlastung der betroffenen Verwaltungsbehörden zu rechnen. Für die betroffenen Grundeigentümer bedeutet dies eine schnellere Gewissheit, ob die von ihnen angestrebten Projekte umgesetzt werden können, wodurch zusätzliche Investitionen erleichtert werden.

Kernpunkt der gegenständlichen Novelle ist die Einführung des elektronischen Flächenwidmungsplanes, durch den ein durchgängiger digitaler Workflow geschaffen wird, beginnend bei der Kontaktierung der Gemeinde durch die Widmungswerber bis zum Inkrafttreten der entsprechenden Verordnung und Kundmachung im Internet. Durch den elektronischen Flächenwidmungsplan können zum einen bisher immer wieder auftretende verfahrensverzögernde Elemente weitestgehend ausgeschlossen werden, zum anderen wird der Zugang aller an der Raumordnung interessierten Personen zu Informationen wesentlich erleichtert. In diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben ist die Tatsache, dass Tirol als erstes Bundesland in Österreich eine rechtsgültige digitale Kundmachung von Verordnungen im Internet haben wird. Dies bedeutet neben dem erleichterten Zugang zu rechtsrelevanten Informationen auch eine Entlastung der Gemeinden, welche bisher die entsprechende Auskunftserteilung bzw. Ausstellung von Widmungsbestätigungen vornehmen mussten.

Eine weitere wesentliche Verfahrensvereinfachung bildet die Reform des Systems der Bebauungsplanung, wodurch anstelle der bisher zwingend vorgesehenen zweistufigen Bebauungsplanung im Regelfall nur mehr ein Bebauungsplan erlassen werden muss. Zusätzlich wird vom bisher grundsätzlich vorgesehenen System der flächendeckenden Bebauungsplanung abgegangen, es wird vielmehr den Gemeinden im Rahmen der Gemeindeautonomie die Möglichkeit eingeräumt, unter Beachtung fachlicher Kriterien selbst im Rahmen der Fortschreibung der örtlichen Raumordnungskonzepte jene Gebiete festzulegen, für die die Erlassung von Bebauungsplänen zwingend erforderlich ist. Durch die

ergänzende Möglichkeit der Schaffung von Bebauungsregeln im örtlichen Raumordnungskonzept für Gebiete, in denen die Erlassung von Bebauungsplänen nicht zwingend erforderlich ist, wird für zukünftige Bauwerber und die von ihnen beauftragten Planer ein höheres Maß an Planungssicherheit geschaffen, als dies derzeit der Fall ist. Insbesondere die Neugestaltung der Bebauungsplanung erfüllt langjährige Forderungen der Gemeinden Tirols und auch der in Tirol tätigen Raumplaner.

Zusätzlich zu den genannten Schwerpunkten erfolgen weitere Verfahrensvereinfachungen bei geringfügigen Widmungsänderungen, so genannten Widmungskorrekturen. Durch die Einführung von aufsichtsbehördlichen Prüfungen kann in im Gesetz genau geregelten Fällen die aufsichtsbehördliche Genehmigungspflicht entfallen, auch dadurch wird ein lange gehegter Wunsch der Gemeinden Tirols umgesetzt.

Einen weiteren Schwerpunkt der Novelle bilden die Bestimmungen über die Fortschreibung der örtlichen Raumordnungskonzepte, welche deshalb von besonderer Bedeutung sind, da in zahlreichen Gemeinden Tirols in den nächsten fünf Jahren die Fortschreibung der örtlichen Raumordnungskonzepte ansteht. Zum einen erfolgt eine Präzisierung der erforderlichen Bestandserhebungen, wobei in diesem Zusammenhang hervorzuheben ist, dass die Landesregierung durch die Erstellung von flächendeckenden Baulandbilanzen den Gemeinden eine wesentliche Hilfestellung bietet.

Andererseits wird der erforderliche Mindestinhalt von örtlichen Raumordnungskonzepten dahingehend ergänzt, dass entsprechende Erhebungen über den Baulandüberhang und daraus resultierende Festlegungen über die weitere Vorgangsweise mit den betroffenen Flächen in den örtlichen Raumordnungskonzepten zu treffen sind. Als neue Möglichkeit wird dabei vorgesehen, dass Gemeinden insbesondere Flächen, die bereits seit mehr als 15 Jahren als Bauland gewidmet, aber immer noch unverbaut sind, mit einem Bauverbot belegen können. Eine Aufhebung des Bauverbotes ist grundsätzlich erst dann möglich, wenn ein tatsächlicher Bedarf an der Bebauung der betroffenen Flächen nachgewiesen wird.

Zusätzlich wird das bereits derzeit im Tiroler Raumordnungsgesetz enthaltene Instrument der Ausweisung von Vorbehaltsflächen für den objektgeförderten Wohnbau dahingehend gestärkt, dass derartige Vorbehaltsflächen auch für andere Formen des geförderten Wohnbaus ausgewiesen werden können, zudem wird der Vorbehalt von fünf auf zehn Jahren verdoppelt und im Fall der Nichtveräußerung von Flächen eine Rückwid-

mung in Freiland vorgesehen. Andererseits wird zum Schutz der von derartigen Flächenausweisungen betroffenen Grundeigentümer neu vorgesehen, dass Flächen, wenn sie bereit sind, diese an die Gemeinde, den Tiroler Bodenfonds oder Wohnbauträger nach den von der Tiroler Wohnbauförderung anerkannten Kriterien zu veräußern und innerhalb eines Jahres davon kein Gebrauch gemacht wird, wieder als unbeschränktes Bauland auszuweisen sind. Es wird somit den Gemeinden eine effizientere Möglichkeit eingeräumt, insbesondere für Zwecke des geförderten Wohnbaues entsprechende Flächen in größerem Umfang als bisher zu mobilisieren.

Darüber hinaus enthält die gegenständliche Novelle eine Vielzahl von Bestimmungen die der Anpassung des Tiroler Raumordnungsgesetzes an geänderte Regelungen anderer Bundes- bzw. Landesgesetze dienen oder Vollzugserfahrungen Rechnung tragen. Dies betrifft im Wesentlichen folgende Bereiche:

a) Raumordnungsprogramme:

- Erweiterung und Präzisierung der möglichen Inhalte von Raumordnungsprogrammen, insbesondere für touristische Einrichtungen und überörtliche Bebauungsgrenzen im Zusammenhang mit dem Schutz vor nachteiligen Umwelteinflüssen, Naturgefahren und zur Freihaltung von Hochwasserabflussbereichen und -rückhalteräumen

b) Freizeitwohnsitze:

- Präzisierung der Ausnahmebestimmung für gewerbliche Beherbergungen zur Verhinderung von Umgehungen
- Wiederzulassung der nachträglichen Anmeldung von Freizeitwohnsitzen für einen Zeitraum von drei Jahren
- Erweiterung der Möglichkeit der Neuschaffung von Freizeitwohnsitzen auf bebaute Sonderflächen (z. B. Nachnutzung von leer stehenden Hotelbetrieben in Einzellage)
- Berücksichtigung der Rechtsprechung des VfGH zu Feststellungsverfahren bei Eigentumswohnungsanlagen

c) Kostenbeiträge für Planungsinstrumente der örtlichen Raumordnung:

- Neuregelung der nicht sachgerechten Berechnung bei Bebauungsplänen auf Basis der Baumasse

Grundlage bildet die Bauweise mit Pauschalbeträgen gleichzeitig Änderung des Fälligkeitszeitpunktes (Inkrafttreten des Bebauungsplanes und nicht mehr Rechtskraft der Baubewilligung)

d) Örtliche Raumordnungskonzepte:

- Festlegung von Gebieten, in denen Baulandumlegungen durchgeführt werden müssen
- Präzisierung der Widmungssperre bei säumigen Gemeinden im Zusammenhang mit der Fortschreibung der örtlichen Raumordnungskonzepte
- Präzisierung der Folgen der nicht rechtzeitigen Anpassung des Flächenwidmungsplanes an das fortgeschriebene örtliche Raumordnungskonzept
- neuer Änderungsgrund für geringfügige Abrundungen

e) Flächenwidmungspläne:

- Freiland:
 - Präzisierung der Zulässigkeit von ortsüblichen Städeln
 - Zulässigerklärung von Jagd- und Fischereihütten bis 10 m² Nutzflächen, Kapellen bis 20 m² Grundfläche, Kinderspielplätze sowie Aussichtsplattformen und Brückenbauten im Freiland
 - Bindung von Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen ab einer Größe von 20 m² an eine Sonderflächenpflicht, auch wenn es sich um Nebenanlagen handelt
 - Bindung der Errichtung und Erweiterung von sonstigen land- und forstwirtschaftlichen Gebäuden und Gebäuden mit nur vorübergehender Wohnnutzung an die unbedingte Erforderlichkeit (z. B. Alm- und Forsthütten)
 - Klarstellung der zulässigen Erweiterungen bei Umbauten
- Sonderflächen:
 - ex lege Erlöschen von Sonderflächenwidmungen für standortgebundene Vorhaben, wenn Bauvorhaben nicht innerhalb von fünf Jahren ab Wirksamwerden der Widmung begonnen werden
- Hofstellen:
 - Mindestausstattung mit landwirtschaftlichen Flächen von 3 ha sowie Vorlage eines Finanzierungskon-

zeptes, zum Nachweis der Lebensfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes als Widmungsvoraussetzungen im Fall der Neugründung von Hofstellen

- Umbauten bestehender Kubaturen werden erleichtert
 - bei Schaffung von Ferienwohnungen 380 m² Wohnnutzfläche möglich
- Beherbergungsgroßbetriebe:
 - Verschärfung der Kriterien für die Zulässigkeit von Beherbergungsgroßbetrieben, insbesondere Erfordernis einer Verpflegung der Gäste im Betrieb
 - Nachweis einer dauerhaften Wirtschaftlichkeitsprognose
- Sportanlagen:
 - Einschränkung der Widmungspflicht auf der TBO unterliegende bauliche Anlagen und Golfplätze

f) Bebauungspläne:

- Flexibilisierung des Inhaltes ergänzender Bebauungspläne, z. B. hinsichtlich Fassadengestaltungen, Dachlandschaften sowie des zulässigen Ausmaßes von Geländeänderungen
 - Einführung einer absoluten Baulandgrenze im Fall der Gefährdung durch Naturgefahren
 - Beschränkung der möglichen Geländeänderungen im Zusammenhang mit Baumassesberechnungen und Festlegungen oberirdischer Geschoße zur Hintanhaltung von Umgehungen
 - Einführung der Nutzflächendichte
 - Präzisierung der Definition für Dachgeschoße
 - Einführung der Festlegung von Traufenhöhen
 - Verlängerung der Übergangsbestimmungen für Geschoßflächendichten und Vollgeschoße

Die Novelle tritt gleichzeitig mit den Änderungen der Tiroler Bauordnung 2001 und des Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz am 1. Juli 2011 in Kraft, im unmittelbaren Anschluss daran ist eine Wiederverlautbarung geplant.

Dr. Peter Hollmann,
Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht

17.

Kurzzusammenfassung TBO-Novelle 2011

In seiner Sitzung am 17. März 2011 beschloss der Tiroler Landtag eine Novelle zur Tiroler Bauordnung 2001, LGBL. Nr. 94, in der Fassung LGBL. Nr. 40/2009. Diese Novelle ist im LGBL. Nr. 48/2011 kundgemacht und wird mit 1. Juli 2011 in Kraft treten. Umfangreiche Änderungen im Bereich des Baurechtes wurden notwendig aufgrund gewonnener praktischer Erfahrungen in mehr als dreizehnjähriger Vollzugstätigkeit seit Inkrafttreten der Stammfassung der Tiroler Bauordnung 1998, LGBL. Nr. 15, am 1. März 1998, punktuell aufgrund Anpassungsbedarfs an zwischenzeitlich ergangene höchstgerichtliche Judikatur zu diversen baurechtlichen Bestimmungen sowie zur gebotenen Abstimmung mit der zeitgleich erfolgenden Novellierung des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2006, LGBL. Nr. 27. Die vorgesehenen Neuerungen durchziehen im Wesentlichen das ganze Gesetz, eine inhaltliche Schwerpunktsetzung findet sich in diversen Änderungen im Bereich des Geltungsbereiches, in teilweisen Neuregelungen der Parteistellung sowie in einer weitgehenden vereinheitlichenden Neugestaltung der baupolizeilichen Verfahren.

Im Bereich des Geltungsbereiches erscheinen Änderungen in Bezug auf öffentliche Straßen am bedeutendsten. Waren bisher öffentliche Straßen einschließlich deren Bestandteile gänzlich vom Anwendungsbereich des Gesetzes ausgenommen, sollen nunmehr – von bestimmten taxativen Ausnahmen abgesehen – Gebäude mit Aufenthaltsräumen, die Straßenbestandteile sind, wie etwa Straßenmeistereien, Gebäude bei ASFINAG-Parkplätzen und Raststätten, somit klarstellend hingegen nicht beispielsweise Streusilos, dem Regime des Baurechtes unterworfen werden, wobei jedoch für diese Gebäude kein Widmungserfordernis gilt. In diesem Sinn wird ein Widerspruch zum Flächenwidmungsplan als Abweisungsgrund ausdrücklich ausgeschlossen. Abfallbehandlungsanlagen einschließlich Deponien und Kompostieranlagen sind künftig nur mehr insoweit vom Geltungsbereich der Tiroler Bauordnung ausgenommen, als sie dem konzentrierten, baurechtliche Schutzinteressen berücksichtigenden Verfahren des Abfallwirtschaftsgesetzes 2002 oder den bergrechtlichen Vorschriften des Bundes unterliegen. Baurechtlich erfasst werden somit in Zukunft jene Behandlungsanlagen, die aufgrund ausdrücklichen Ausschlusses im Abfallwirtschaftsgesetz 2002 nicht der Genehmigungspflicht nach diesem Gesetz unterliegen, sowie die nur einem eingeschränkten

abfallwirtschaftsrechtlichen Verfahren unterliegenden öffentlich zugänglichen Altstoffsammelzentren und Sammelstellen für Problemstoffe. Hinsichtlich Düngerstätten und Fahrtilos erfolgt eine restriktivere Regelung insoweit, als vom bisherigen Ausnahmetatbestand nur mehr Anlagen erfasst werden, die in ortsüblicher Weise ausgeführt sind und keine Überdachung aufweisen. Da künftig auch die Errichtung und Änderung von allgemein zugänglichen Kinderspielplätzen und Kinderspielplätzen von Wohnanlagen einer Bauanzeige bedürfen, war eine entsprechende Einschränkung des bisherigen umfassenden Ausnahmetatbestandes betreffend Kinderspielplätze und Spielplatzeinrichtungen notwendig. Überdies wird durch eine der Landesregierung eingeräumte Verordnungsermächtigung die Schaffung landesweit einheitlicher bautechnischer Standards ermöglicht. Künftig sind Zelte und Mobilheime als mobile Unterkünfte sowie untergeordnete Bestandteile solcher mobilen Unterkünfte auf Campingplätzen aus dem Geltungsbereich der Tiroler Bauordnung ausgenommen, wird nämlich auf baurechtliche Schutzinteressen in einem aufgrund des Campinggesetzes 2001 durchzuführenden Anzeigeverfahren ausreichend Bedacht genommen. Letztendlich wird der Ausnahmetatbestand des § 1 Abs. 4, welcher bislang ausschließlich auf eine Bewilligungspflicht nach anderen, auf baurechtliche Schutzinteressen Bedacht nehmende Vorschriften abstellte, hinsichtlich Anzeigeverfahren nach derartigen Vorschriften erweitert.

Hinsichtlich der Regelung der Parteistellung im Bauverfahren ergeben sich entscheidende Änderungen zum einen durch Erweiterung des Parteienkreises durch ausdrückliche Zuerkennung der Parteistellung auch an den Straßenverwalter, wobei dessen subjektives Mitspracherecht auf die Geltendmachung des Fehlens einer dem vorgesehenen Verwendungszweck der baulichen Anlage entsprechenden, rechtlich gesicherten Verbindung des Bauplatzes mit einer öffentlichen Verkehrsfläche nach § 3 Abs. 1 sowie der Nichteinhaltung der Abstandsbestimmungen des § 5, soweit dadurch die Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs beeinträchtigt werden, beschränkt ist. Zum anderen wird der Kreis der Nachbarn durch die Einführung eines zusätzlichen, kumulativ zu den bereits geltenden Voraussetzungen (unmittelbares Angrenzen oder Lage innerhalb von 15 m) geforderten Abstandskriteriums, nämlich eines notwendigen Abstands des Nachbargrundstücks von der baulichen An-

lage von 50 m in mindestens einem Punkt, eingeschränkt. Die Parteirechte werden um die Berechtigung zur Geltendmachung der Nichteinhaltung der festgelegten Bebauungsregeln im örtlichen Raumordnungskonzept, die Mindestabstände von den Straßen und die Bauhöhe betreffend, ergänzt.

Die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs berücksichtigend, wird die Parteistellung der Nachbarn und aus gleichheitsrechtlichen Überlegungen auch des Straßenverwalters als neuer Partei über das Bauverfahren hinaus ausdrücklich auf das Verfahren zur Verlängerung der Gültigkeit der Baubewilligung ausgedehnt, wobei deren Mitspracherecht auf die Frage des Vorliegens der Voraussetzungen für die Fristerstreckung beschränkt ist. In Bezug auf bisher übergangene Parteien wurde die Schaffung entsprechender Übergangsregelungen notwendig. Ebenfalls in Entsprechung höchstgerichtlicher Judikatur wird den Nachbarn und dem Straßenverwalter auch im Baubewilligungsverfahren betreffend bauliche Anlagen vorübergehenden Bestandes zur Frage der tatsächlichen Bestimmung der baulichen Anlage zu einem nur vorübergehenden Bestand Parteistellung zuerkannt.

Sämtliche baupolizeiliche Verfahren (nach den §§ 27, 33, 35, 36 und 37) werden nach einem einheitlichen System geregelt. Ein Beseitigungsauftrag und erforderlichenfalls ein Auftrag zur Wiederherstellung des ursprünglichen Bauplatzzustandes ist nunmehr nur im Fall der Errichtung einer baulichen Anlage gänzlich ohne Baubewilligung oder Bauanzeige zu erteilen. In Fällen der Änderung der baulichen Anlage ohne Vorliegen einer Baubewilligung oder Bauanzeige bzw. bei von diesen abweichender Bauausführung ist hingegen primär ein Auftrag zur Herstellung des der Baubewilligung bzw. Bauanzeige entsprechenden Zustandes, ein Beseitigungsauftrag hingegen nur bei technischer Unmöglichkeit oder wirtschaftlicher Unvertretbarkeit zu erlassen. In Verfahren nach § 37 wird auf die bisherige strikte Zweiteilung in ein Vorverfahren mit Setzung einer Nachfrist zur Einbringung eines Bauansuchens bzw. zur Nachholung einer Bauanzeige und in das eigentliche baupolizeiliche Verfahren für den Fall des Scheiterns des Vorverfahrens verzichtet. Dem Betroffenen steht unabhängig von der Durchführung des baupolizeilichen Verfahrens die Nachholung des Bauansuchens bzw. der Bauanzeige jederzeit frei, wodurch die Vollstreckung eines baupolizeilichen Auftrags vorläufig gehindert wird. Weiters werden im § 37 durch Aufnahme neuer Tatbestände diverse Regelungslücken geschlossen. Aus verfahrensökonomischen Gründen wird die Behörde zudem verpflichtet, bereits anlässlich der Erteilung eines

baupolizeilichen Auftrags das Vorliegen allfälliger offenkundiger Abweisungsgründe bzw. entsprechender Untersagungsgründe bescheidmässig festzustellen, wobei eine solche Feststellung der Versagung der Baubewilligung bzw. im Fall von anzeigepflichtigen Bauvorhaben der Untersagung der Bauausführung gleichzuhalten ist. Schließlich wird das baupolizeiliche Verfahren auch auf bewilligungs- und anzeigefreie, im Widerspruch zu den maßgebenden baurechtlichen Vorschriften ausgeführte Bauvorhaben erstreckt.

Neben diesen inhaltlichen Schwerpunkten enthält die Novelle weitere maßgebende Neuerungen. Wesentlich sind dabei vor allem

- die Einschränkung der Notwendigkeit einer einheitlichen Bauplatzwidmung auch hinsichtlich Sonderflächen für Sonnenkollektoren oder Photovoltaikanlagen nach § 43 TROG 2006, hinsichtlich Sonderflächen für Sportanlagen sowie Sonderflächen für Anlagen zur Aufbereitung mineralischer Rohstoffe;
- die Streichung von Erkern als untergeordnete Bauteile und somit deren Unzulässigkeit innerhalb der Mindestabstandsflächen nach § 6;
- die Erweiterung des Kreises jener Bauvorhaben, die auf durch Naturgefahren gefährdeten Grundstücken nur unter besonderen Vorkehrungen zulässig sind, wobei zu diesen Schutzmaßnahmen neben den bisher vorgesehenen, ausschließlich baulichen Maßnahmen nunmehr auch organisatorische Vorkehrungen, wie insbesondere Sicherheitskonzepte, zählen;
- Änderungen und Anpassungen im Bereich der Abstandsbestimmungen der §§ 5 und 6, wobei die Neuregelung im § 6 vom Grundgedanken getragen ist, auf allen unmittelbar an Freiland angrenzenden Grundstücken unabhängig von ihrer Widmung zum Freiland hin generell einen horizontalen Abstand des 0,6-fachen, jedenfalls aber vier Meter, zu fordern; Sonderflächen für UVP-pflichtige Anlagen nach § 49 TROG 2006 werden hinsichtlich der Abstandsberechnung den Sonderflächen nach §§ 43 bis 47, 50 und 50a TROG 2006 gleichgestellt; hinsichtlich der zulässigen 50%igen Verbauung wird klargestellt, dass die jeweils gemeinsame Grenze – unabhängig ihres konkreten Verlaufs – mit einem angrenzenden Grundstück als Berechnungsgrundlage heranzuziehen ist sowie entsprechende Bauführungen nicht nur unmittelbar an der Grenze, sondern allgemein innerhalb der Mindestabstandsflächen von 3 m bzw. 4 m beachtlich sind. Die schon nach dem bisherigen § 5 Abs. 2 lit. e und f vor der Baufluchtlinie zur Verkehrsfläche hin zulässigen Anlagen bzw. Anlagenteile dürfen in diesem Bereich künftig unter Entfall der bisherigen Höhenbeschränkung, jedoch nur nach Maßgabe einer

Einzelfallprüfung auf die Schutzziele Orts- und Straßenbild und Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs errichtet werden; zudem sind die im örtlichen Raumordnungskonzept getroffenen Festlegungen über die Mindestabstände baulicher Anlagen von Straßen für die Abstandsermittlung verbindlich;

- Regelungen über Abstellmöglichkeiten von Fahrrädern durch eine den Gemeinden entsprechend erteilte Verordnungsermächtigung;

- die Erweiterung der Verordnungsermächtigung der Gemeinde zur Erlassung örtlicher Bauvorschriften hinsichtlich Festlegungen über Art, Gestaltung, Größe und Lichtwirkung von Werbeeinrichtungen;

- verschiedene Änderungen im Bereich der Kataloge der anzeigepflichtigen sowie der bewilligungs- und anzeigefreien Bauvorhaben;

- verschiedene Neuerungen im Verfahren über anzeigepflichtige Bauvorhaben, insbesondere die Möglichkeit, diese im Bauverfahren über damit in Zusammenhang stehende bewilligungspflichtige Vorhaben mit zu behandeln, sowie die Verpflichtung der Behörde zur bescheidmäßigen Feststellung des Vorliegens allfälliger offenkundiger Abweisungsgründe bereits anlässlich der Feststellung des angezeigten Bauvorhabens als bewilligungspflichtig;

- verschiedene Neuerungen im Verfahren über bewilligungspflichtige Bauvorhaben, wie hinsichtlich der im Zug der Bauausführung gegebenenfalls vorzulegenden technischen Unterlagen, der Regelungen über erforderliche Sicherheitskonzepte sowie der Möglichkeit zur nachträglichen Aufhebung oder Abänderung von erteilten Auflagen;

- Neuerungen im Verfahren zur Verlängerung der Baubewilligung, wie Zuerkennung eines ausdrücklichen Rechtsanspruches des Bewilligungsinhabers auf Erstreckung der Frist bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen, wobei die Verschuldensfrage nicht mehr relevant sein soll; Einbringung des Fristerstreckungsantrages als maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung einer allfälligen Änderung der bau- und raumordnungsrechtlichen Vorschriften; im Fall des Erlöschens der Baubewilligung für ein bereits begonnenes Bauvorhaben die Zulässigkeit zur Einbringung nur eines einzigen weiteren Bauansuchens für dieses betreffende Bauvorhaben mit anschließender gebotener zweijähriger Bauvollendungsfrist, dies bei sonstigem Erlöschen der neuerlich erteilten Baubewilligung; analoge Regelung hinsichtlich

anzeigepflichtiger Bauvorhaben, jedoch mit Festlegung einer einjährigen neuerlichen Fertigstellungsfrist;

- die Einführung eines Feststellungsverfahrens über das Vorliegen oder Nichtvorliegen eines vermuteten Baukonsenses für bewilligungspflichtige bauliche Anlagen;

- Regelungen zur Vermeidung einer Doppelgleisigkeit zwischen den Aufgaben des Baustellenkoordinators nach dem Bauarbeitenkoordinationsgesetz des Bundes und jenen des Bauherrn bzw. Bauverantwortlichen;

- die Erweiterung der behördlichen Befugnisse in Bezug auf sofortige Sicherungsmaßnahmen im Fall von Baugebrechen oder drohenden Naturgefahren um die Verfügung sonstiger Maßnahmen, wie Absperrungen, Absicherungen und dergleichen neben bisher allein möglichen Räumungsmaßnahmen;

- verschiedene Neuerungen betreffend bauliche Anlagen vorübergehenden Bestandes, insbesondere die Möglichkeit der Forderung von Sicherheitskonzepten und der Bestellung von Verantwortlichen für die Bauausführung und die Beseitigung der Anlage;

- die Einbeziehung auch der mechanischen Festigkeit und Standsicherheit sowie an Straßen auch der Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs als neue Schutzzwecke in das Anzeigeverfahren betreffend freistehende Werbeeinrichtungen, korrespondierend dazu die Erweiterung der Untersagungsgründe;

- die Anzeigepflicht von Aufschüttungen und Abgrabungen auch innerhalb geschlossener Ortschaften im Freiland; Beschränkung des Zustimmungsrechtes des Nachbarn zu Maßnahmen im Bereich der Mindestabstandsflächen auf den Fall der Aufschüttungen; Untersagung von Aufschüttungen auch aus Gründen der Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs;

- die Adaptierung der Sonderbestimmungen über die Zulässigkeit der Anbringung eines Vollwärmeschutzes bzw. einer Wärmedämmung im Dachbereich bei Altbauten;

- Sonderbestimmungen zur Sicherung des rechtmäßigen Bestandes von Altbauten, die aufgrund von Ungenauigkeiten hinsichtlich der seinerzeitigen Planunterlagen nicht lagerichtig situiert sind;

- Anpassungen und Ergänzungen im Bereich der Strafbestimmungen sowie Schließung einiger Lücken;

- notwendige Übergangsbestimmungen.

Dr. Doris Mair,
Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht

18.

Sprengelärzte; Neuerungen im Gemeindesanitätsdienstgesetz

Mit der Novelle zum Gemeindesanitätsdienstgesetz, LGBL Nr. 39/2011, wird das Sprengelarztwesen in Tirol neu geregelt. Die Novelle wurde am 10. Mai 2011 im Landesgesetzblatt für Tirol kundgemacht. Sie ist mit dem Ablauf dieses Tages in Kraft getreten.

Vertragssprengelarzt:

Die Novelle sieht im Fall der Neubestellung eines Sprengelarztes nach dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens vor, dass die Gemeinde bzw. der Gemeindeverband des Sanitätssprengels mit dem Sprengelarzt eine schriftliche Vereinbarung zur Besorgung der Aufgaben zu schließen hat (sog. Vertragssprengelarzt). Die Begründung eines öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses ist somit nicht mehr vorgesehen und nicht mehr zulässig. In die Rechtsposition jener Sprengelärzte, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Novelle in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zu einer Gemeinde stehen, wird hingegen nicht eingegriffen.

Als Vertragssprengelarzt darf nur ein Arzt für Allgemeinmedizin, der zur selbstständigen Berufsausübung berechtigt ist, herangezogen werden. Eine Vereinbarung kann auch mit mehreren Ärzten abgeschlossen werden, was eine räumliche oder zeitliche Arbeitsaufteilung ermöglicht. Weiters muss der Wohnsitz, Berufssitz oder Dienort des Arztes aufgrund der größeren Mobilität nicht mehr zwingend im Sanitätssprengel liegen.

Vereinbarung:

a) Ausschreibung:

Der beabsichtigte Abschluss einer Vereinbarung ist von der Gemeinde bzw. dem Gemeindeverband des Sanitätssprengels auszuschreiben. Die Ausschreibung hat durch Anschlag an der Amtstafel der Gemeinde bzw. des Gemeindeverbandes zu erfolgen.

Die Ausschreibung hat zu enthalten:

- a) die Anzahl der Einwohner des Sanitätssprengels,
- b) die der Bewerbung anzuschließenden Unterlagen und
- c) den Hinweis, dass Bewerbungen binnen vier Wochen, vom Tag des Anschlages an der Amtstafel der

Gemeinde bzw. des Gemeindeverbandes an gerechnet, bei der Gemeinde bzw. beim Gemeindeverband des Sanitätssprengels einzubringen sind.

Nach Ablauf der Ausschreibungsfrist sind die Bewerbungen der Landesregierung zur fachlichen Beurteilung durch den Landessanitätsrat vorzulegen.

b) Inhalt der Vereinbarung:

Als Mindestinhalt ist vorgesehen, dass die Vereinbarung jedenfalls

- a) die vom Vertragssprengelarzt für die Gemeinde bzw. den Gemeindeverband zu erbringenden Leistungen,
- b) den Hinweis auf die vom Vertragssprengelarzt aufgrund seiner Stellung für einen anderen Rechtsträger zu erbringenden Leistungen,
- c) das für die Leistungen nach lit. a gebührende Entgelt,
- d) die Dauer der Vereinbarung,
- e) die Auflösungsgründe und -fristen
- f) die Verpflichtung zur Beachtung der Amtsverschwiegenheit,
- g) die Vertretung des Vertragssprengelarztes für den Fall der vorübergehenden Verhinderung,
- h) die Mitteilung des Eintrittes des Vertretungsfalles an den Vertragspartner,
- i) die Verpflichtung zur Teilnahme an Veranstaltungen zur Ausbildung und Fortbildung von Vertragssprengelärzten zu enthalten hat.

c) Kundmachung des Abschlusses:

Der Abschluss der Vereinbarung mit dem Vertragssprengelarzt ist durch Anschlag an der Amtstafel kundzumachen.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass im Portal Tirol, Gemeindeanwendungen, das Muster einer Vereinbarung abrufbar ist. Für allfällige Fragen steht die Abteilung Gesundheitsrecht des Amtes der Tiroler Landesregierung gerne zur Verfügung.

Dr. Reinhard Biechl
Abteilung Gesundheitsrecht

19.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Mai 2011

Ertragsanteile an	Mai		Differenz	Änderung
	2010	2011		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	-3.672.702	-3.675.293	-2.591	0,07
Lohnsteuer	14.031.055	13.861.863	-169.192	-1,21
Kapitalertragsteuer I	455.599	383.976	-71.623	-15,72
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	559.965	470.657	-89.308	-15,95
Körperschaftsteuer	-209.008	-222.387	-13.379	6,40
Erbschafts- und Schenkungssteuer	25.941	37.061	11.119	42,86
Stiftungseingangssteuer	8.021	8.129	108	1,35
Bodenwertabgabe	4.980	4.598	-381	-7,66
Stabilitätsabgabe	0	40.616	40.616	100,00
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	11.203.850	10.909.220	-294.630	-2,63
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer* und X)	16.451.831	16.777.723	325.892	1,98
Abgabe von alkoholischen Getränken	31	58	27	85,14
Tabaksteuer	2.162.978	1.952.013	-210.965	-9,75
Biersteuer	151.405	169.201	17.796	11,75
Mineralölsteuer	3.366.945	4.160.986	794.041	23,58
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	164.218	177.728	13.510	8,23
Weinsteuer	0	0	0	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	1.192	1.268	76	6,34
Kapitalverkehrsteuern	39.267	96.341	57.074	145,35
Werbeabgabe	255.255	253.759	-1.496	-0,59
Energieabgabe	674.958	794.902	119.944	17,77
Normverbrauchsabgabe	262.501	351.829	89.328	34,03
Flugabgabe	0	0	0	0,00
Grunderwerbsteuer	6.165.019	8.540.314	2.375.295	38,53
Versicherungssteuer	1.520.748	1.628.559	107.811	7,09
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.147.855	2.416.310	268.454	12,50
KFZ-Steuer	10.178	9.931	-248	-2,43
Konzessionsabgabe	329.016	171.908	-157.107	-47,75
Summe sonstige Steuern	33.703.399	37.502.831	3.799.432	11,27
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u. Vermögenst. und sonstigen Steuern	44.907.249	48.412.051	3.504.802	7,80
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
GESAMT	44.907.249	48.412.051	3.504.802	7,80

*davon Getränkesteuerausgleich	4.490.874	4.484.669	-6.205	-0,14
--------------------------------	-----------	-----------	--------	-------

x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00
---------------------------------------	---------	---------	---	------

20.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Mai 2011

Ertragsanteile an	Jänner-Mai		Differenz	Änderung
	2010	2011		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	11.023.700	11.203.399	179.699	1,63
Lohnsteuer	75.751.072	81.702.537	5.951.465	7,86
Kapitalertragsteuer I	2.836.313	4.066.282	1.229.969	43,37
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	2.913.003	2.338.211	-574.792	-19,73
Körperschaftsteuer	15.418.196	20.408.869	4.990.673	32,37
Erbschafts- und Schenkungssteuer	260.493	103.364	-157.129	-60,32
Stiftungseingangssteuer	43.812	48.276	4.464	10,19
Bodenwertabgabe	283.358	288.579	5.220	1,84
Stabilitätsabgabe	0	1.266.903	1.266.903	100,00
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	108.529.948	121.426.420	12.896.472	11,88
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer* und X)	87.547.288	93.409.205	5.861.917	6,70
Abgabe von alkoholischen Getränken	215	338	123	56,97
Tabaksteuer	5.549.773	5.554.441	4.667	0,08
Biersteuer	710.174	716.080	5.906	0,83
Mineralölsteuer	14.648.979	16.269.214	1.620.235	11,06
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	589.745	622.217	32.473	5,51
Weinsteuer	0	0	0	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	5.248	5.972	724	13,79
Kapitalverkehrsteuern	439.254	306.409	-132.846	-30,24
Werbeabgabe	1.692.389	1.786.426	94.037	5,56
Energieabgabe	3.325.005	3.863.842	538.837	16,21
Normverbrauchsabgabe	1.579.392	1.733.582	154.190	9,76
Flugabgabe	0	0	0	0,00
Grunderwerbsteuer	30.760.500	31.152.022	391.521	1,27
Versicherungssteuer	4.379.489	4.517.982	138.493	3,16
Motorbezogene Versicherungssteuer	5.265.066	5.800.937	535.870	10,18
KFZ-Steuer	265.005	276.324	11.319	4,27
Konzessionsabgabe	1.047.427	1.053.748	6.322	0,60
Summe sonstige Steuern	157.804.952	167.068.740	9.263.788	5,87
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u. Vermögenst. und sonstigen Steuern	266.334.900	288.495.160	22.160.260	8,32
Kunstförderungsbeitrag	38.295	39.745	1.450	3,79
Summe ohne Zwischenabrechnung	266.373.195	288.534.905	22.161.710	8,32
Zwischenabrechnung**	-10.247.283	2.642.628	12.889.911	125,79
G E S A M T	256.125.912	291.177.533	35.051.621	13,69

*davon Getränkesteuerausgleich	23.912.415	24.992.535	1.080.120	4,52
**davon Getränkesteuerausgleich	-347.379	264.075	611.454	176,02
Summe	23.565.036	25.256.610	1.691.574	7,18
x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	1.254.175	1.254.175	0	0,00

21.

Informationsveranstaltungen am Grillhof

Am **Donnerstag, den 16. Juni 2011**, findet am Grillhof eine halbtägige Informationsveranstaltung über die Novelle zum Tiroler Verkehrsaufschließungsabgabengesetz (**vorgezogener Erschließungsbeitrag**) sowie aktueller Themen aus dem Bereich „Gemeindeabgaben“ statt.

Darüber hinaus wird am angeführten Tag eine weitere – ebenfalls halbtägige – Veranstaltung zum Thema „barrierefreie Gemeinde“ angeboten. Weiterführende Informationen dazu sind unter <http://www.tirol.gv.at/themen/bauen-und-wohnen/hochbau/barrierefreiesbauen/> abrufbar.

Um die Inhalte dieser Veranstaltungen den TeilnehmerInnen „wechselseitig“ in möglichst effizienter Form weitergeben zu können, ist vorgesehen, die angeführten Vorträge am Nachmittag im gleichen Umfang nochmals anzubieten.

Der Beginn dieser Veranstaltungen ist für 9.00 Uhr geplant.

Die weiteren Details werden vom Tiroler Bildungsinstitut – Grillhof gesondert bekannt gegeben.

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR MÄRZ 2011**
(vorläufiges Ergebnis)

	Februar 2011 (endgültig)	März 2011 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	101,7	102,9
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	111,4	112,7
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	123,2	124,6
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	129,6	131,1
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	169,4	171,4
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	263,4	266,5
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	462,2	467,7
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	588,9	595,9
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	590,9	597,8

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Durchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat März 2011 beträgt 102,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Februar 2011 um 1,2% gestiegen (Februar 2011 gegenüber Jänner 2011: 0,7%). Gegenüber März 2010 ergibt sich eine Steigerung um 3,1% (Februar 2011/2010: 3,0%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck